

kurz berichtet - kurz berichtet - kurz berichtet - kurz berichtet -

Sommerzeltlager:

Damit die Familien ihre Sommerferien besser "verplanen" können, gibt die Junge Union Georgsmarienhütte bereits jetzt die Termine ihrer Sommerzeltlager für Mädchen und Jungen bis 13 Jahren bekannt:

Zeltlager I: Samstag, 19.7. bis Freitag, 25.7.1980
Zeltlager II: Sonntag, 27.7. bis Samstag, 2.8.1980
Zeltlager III: Montag, 4.8. bis Sonntag, 10.8.1980

Schulferien sind in Niedersachsen vom 17. Juli bis zum 27. August 1980.

Anmeldungen sind erst mit den Anmeldekarten möglich, die rechtzeitig vor den Ferien an alle Haushalte verteilt werden.



Freitag, 7.3.80, 19.00 Uhr, Gaststätte Krause: Jahreshauptversammlung des BSV Holzhausen

Samstag, 22.3. und Sonntag, 23.3.80, Schießsportzentrum Kloster Oesede: Kreismeisterschaften. Veranstalter: Schützenverein Kloster Oesede.

Sonntag, 20.4.80, 20.00 Uhr, Herz-Jesu-Kirche; Konzert: Theresienmesse Joseph Haydn, Veranstalter: junge chor georgsmarienhütte

Sonntag, 11.5.80, 11.00 Uhr, Aula der Realschule: Eröffnungsfeier zum 110jährigen Bestehen des Turnvereins Gut Heil von 1870 e.V. Georgsmarienhütte. Anschließend Handballspiel der A-Jugend (um die Bezirksmeisterschaft oder Auswahlspiel gegen eine Oberligamannschaft)

Samstag, 8.3.80, 14.00 - 18.00 Uhr, Hallenbad: Stationslauf der DLRG Jugend

Samstag, 8.3.80, 18.00 Uhr, Aula der Orientierungsstufe: Jugendfete für Jugendliche ab 15 Jahren. Veranstalter: TV Gut Heil GMHütte.

Sonntag, 9.3.80, ab Kindergarten Auf dem Thie: Historische Radrundfahrt durch Georgsmarienhütte. Veranstalter: VFL Kloster Oesede.

Montag, 10.3.80, 20.00 Uhr, Konferenzraum: Vortrag "Hilfen zur Lohn- und Einkommensteuerklärung". Veranstalter: KAB St. Peter und Paul.

Dienstag, 11.3.80, 19.30 Uhr: Öffentliche Vollversammlung des Stadtjugendringes.

Samstag, 15.3. und Sonntag, 16.3.80, Schießsportzentrum Kloster Oesede: Kreismeisterschaften. Veranstalter: Schützenverein Kloster Oesede.

Donnerstag, 20.3.80, 19.00 Uhr, Kasino-Hotel: Jahreshauptversammlung des CDU-Stadtverbandes.

Neu im TV Gut Heil: **Karate**. Übungsabend für Mädchen und Jungen jeweils dienstags von 18.00 bis 20.00 Uhr im Sportheim am Rehlberg. Interessierte können nun teilnehmen

Die Ballett-Übungsstunden des TV Gut Heil finden wieder regelmäßig dienstags und donnerstags zu den gewohnten Zeiten im Gymnastikraum des Sportheims Am Rehlberg statt.

kurz berichtet - kurz berichtet - kurz berichtet - kurz berichtet -



Stadt im werden

Nr. 71

1. März 1980



Sie lesen heute:

Seite 1: Entspannung - teilbar?

Seite 2: Statistische Angaben

Seite 3: Auf ein Wort

Seite 3: MAD

Seite 4: Bericht aus den Ausschüssen

Seite 4: Statistische Jahresübersicht

Seite 5: Haushaltsplan 1980

Seite 6: Städtefreundschaft Remagen

Seite 7: Aktuelle Innenpolitik

Seite 7: Das Vorbild

Seite 8: Kurz berichtet

Entspannung - teilbar?

Die sozial-liberale Koalition trat Ende der 60er Jahre an, das Land zu reformieren. Reformpolitik – das war das Zauberwort, das viele in seinen Bann schlug. So, wie Willi Brandt diese Reformpolitik darstellte, bedeutete sie

1. die Unterstellung, unsere Gesellschaft sei total konservativ erstarrt,
2. das Totschweigen der Tatsache, daß die gesellschaftlich-sozialen Fortschritte des Nachkriegsdeutschlands ihre Wurzeln in Anstößen und Taten der CDU-Regierungen vor Brandt/Scheel haben und
3. die Hoffnung auf etwas ganz Neues, nie dagewesenes.

In der außenpolitischen Konzeption ergab sich zwangsläufig aus diesen Punkten eine Entspannungspolitik, die ein ganz neues Verhältnis zum kommunistischen Machtbereich bringen sollte. Der Wille, dieses Ziel zu erreichen, verstellte den Blick für die Realitäten. Wünsche und Hoffnungen verdrängten eine nüchtern abwägende Politik und schufen eine wirklichkeits-

fremde Hochstimmung. Diese bewirkt bei Willi Brandt, daß er sogar in diesen Tagen des sowjetischen Überfalls auf ein blockfreies Land behauptet, die Entspannungspolitik funktioniere doch in Europa.

Funktioniert die Entspannungspolitik jedoch in Europa?

Was funktioniert ist das Respektieren der Interessenssphären der beiden Machtblöcke, ein Respekt, der ruht auf der Erkenntnis der Sowjets, daß der Westen seine Interessenssphäre in Europa noch zu schützen bereit ist, notfalls auch mit militärischen Mitteln.

Die CDUgeführten Regierungen und die Regierungen des Westens überhaupt schufen diesen Respekt.

Außerhalb Europas, jedoch durchaus innerhalb der für Europa lebenswichtigen Räume, ist die sowjetische Bedrohung längst umgeschlagen in Aktion bis hin zum Angriffskrieg. Der Westen hat seinen "Respekt" dort verloren, wo er durch einseitig verstandene "Entspannung" seine Positionen aufgegeben hat.

Herausgeber:

CDU
Georgsmarienhütte

Verantwortlich: Günter Hohaus, 4504 Georgsmarienhütte, Untere Findelstätte 59, Telefon 2554
Konto-Nr. der Stadt im Werden: 3129897 Kreissparkasse Georgsmarienhütte

Auflage: 10.000 - Offsetdruck R. Lamkemeyer, Georgsmarienhütte Telefon (05401) 40528

Es ist die unrealistische Entspannungspolitik Brandts, die den Willen des Westens, seine Interessen auch außerhalb seines eigenen Territoriums um des Überlebens willen zu verteidigen, schwächte und der Sowjetunion das Risiko militärisch vorgetragener Expansion kalkulierbar und tragbar erscheinen ließ und läßt.

Es ist der historische Fehler der SPD, ein politisch-psychologisches Klima geschaffen zu haben, das den Willen zur Verteidigung schwächte, ja die Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit sogar als moralisch fragwürdig hingestellt hat.

Entspannung ist jedoch nicht teilbar in Europa und in die übrige Welt. Insofern Europa nicht zu trennen ist von der übrigen Welt, (Stichwort Rohstoffe) wirken Spannungen in der übrigen Welt zwingend auf Europa zurück, berühren elementar die Interessen Europas und damit die Entspannung in Europa selbst.

Die offene Aggression der Sowjets in Afghanistan muß mit Blick auf die Gesamtstrategie (Verfügbarmachung der Rohstoffe, militärische Ziele) letztlich auch als Aggression gegen Europa angesehen werden.

So zu tun, als funktioniere Entspannung in Europa, heißt die Verflechtung Europas gerade auch mit den heutigen Krisenzonen zu leugnen und heißt, wider jede Realität an einem Entspannungsverständnis festzuhalten, das sich langfristig als unkalkulierbares Sicherheitsrisiko für Europa ausweisen wird.

Unter diesen Umständen klingt das Bundestagswahlkampfmotto der SPD "Sicherheit für die 80er Jahre" wie Hohn. Im Gegenteil, mit dem bisherigen Verständnis von Politik mit dem kommunistischen Block kann die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und des Westens insgesamt nicht gewährleistet werden. Wir müssen umdenken.

Sowjetisches Handeln schöpft seine Begründung aus dem Marxismus/Leninismus. Besonders ist es jedoch der Leninismus, der die marxistische Geschichtsauffassung zugunsten eines aggressiven Voluntarismus aufgab und den immer vorhandenen Willen der Sowjetunion

zur Aggression und Expansion theoretisch begründet. (S. Afghanistan, Tschechoslowakei, Ungarn etc.) Nur vom Marxismus/Leninismus her lassen sich sowjetische Strategie und sowjetische politische Zielsetzung angemessen beurteilen. Das Ziel heißt nach wie vor Weltrevolution.

Dem Bundeskanzler Schmidt, der noch in einem am 3. Jan. 1980 veröffentlichten Interview der Sowjetunion grundlegendes Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und an Rüstungsbegrenzungsverhandlungen bescheinigte, ist eine unglaubliche Fehleinschätzung sowjetischen Entspannungswillens vorzuwerfen.

Ehe nichtwiedergutzumachende Schäden eintreten braucht der Westen eine gemeinsame Politik. Nur diese auf Stärkung der eigenen – auch militärischen Position – ausgerichtete Politik läßt so jeden weiteren Übergriff der Sowjets für diese zu einem unkalkulierbaren Risiko werden und damit verhindern.

CDU-Stadtvorstand

Statistische Angaben aus GMHütte

Einwohner

Stichtag	männlich	weiblich	zusammen
31.12.1970	13.995	14.786	28.781
31.12.1971	14.092	15.043	29.135
31.12.1972	14.310	15.361	29.671
31.12.1973	14.552	15.422	29.974
31.12.1974	14.660	15.573	30.233
31.12.1975	14.649	15.610	30.259
31.12.1976	14.581	15.575	30.156
31.12.1977	14.623	15.682	30.305
31.12.1978	14.728	15.824	30.552

Schülerzahlen, Stand 30.8.1979

Grundschulen	1.938
Hauptschulen	774
Orientierungsstufen	1.060
Realschule	920
Gymnasium	1.139
Comeniusschule	242
Musikschule	889

Stärke der Jahrgänge, die eingeschult werden

1979/1980	418	1982/1983	339
1980/1981	392	1983/1984	339
1981/1982	403	1984/1985	336

Auf ein Wort.

Berichte in Zeitungen und anderen Publikationsorganen sollten ernst genommen werden, zumal, wenn sie vom politischen Gegener stammen. Deswegen war nicht verwunderlich, daß die CDU

Wir fotokopieren aus der NOZ:

Sozial- und Kulturpolitik soll künftig mehr Gewicht erhalten

Die Arbeitsgruppe „Sozialpolitik“ befaßte sich insbesondere mit: Lernmittelfreiheit, Zuschüssen zu Gebühren, Telefonkosten für Behinderte, Zuschüssen zum Wohnungsbau für kinderreiche Familien, Zuschüssen zu Energie-sparmaßnahmen und Modernisierungsmaßnahmen sowie Entschuldung in sozialen Notlagen, Sozialstationen, Ausländerintegration, Zuschüssen für Kindergärten und der Einrichtung einer Bürgerberatungsstelle.

Die erste Ausschußsitzung im Jahre 1980 war – von der CDU Fraktion – dem Bereich Sozialpolitik gewidmet und als Beratungspunkte waren auch Anträge der SPD aus 1979 angegeben.

Doch welch ein Unterschied wurde zwischen Presseartikel und politischer Realität deutlich.

Nicht ein Fraktionsmitglied der SPD im Sozialausschuß konnte trotz Klausurtagung genauer darlegen, ja, auch nur inhaltlich schildern, was unter den Tagesordnungspunkten

– 6 b Entschuldung in sozialen Notlagen
– 6 c Telefonkosten für Behinderte

zu verstehen sei.

Unwissenheit, Unsicherheit bei der SPD ließen nur die Absetzung von der Tagesordnung zu.

Die wörtliche Übereinstimmung der Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen in der Klausurtagung verdeutlicht, wie sachlich fair von der Verwaltung vorgearbeitet war, wirft aber ebenfalls ein helles Licht auf die so "sachliche Informationsarbeit" der SPD ! Die Doppelfrage sei erlaubt: Fand die Klausurtagung der SPD mit dem Schwerpunkt "Sozialpolitik" unter Ausschluß der Mitglieder des Ausschusses für Sozial- und Familienangelegenheiten

Fraktion gespannt auf die groß angekündigten Initiativen der Opposition wartete, die im Jahre 1979 bei der Haushaltsberatung genannt, in der Klausurtagung vertieft und in der Presse angekündigt waren.

statt, oder diente der Artikel in der NOZ allein der Werbung ?

Am Rande sei notiert, daß die CDU Fraktion in dieser Sitzung ihren Antrag von 1979 auf Bereitstellung von Sondermitteln zur "Rettung ungeborenen Lebens" durchgesetzt hat.

Heinz Lunte,
Pressesprecher der CDU-Fraktion

Stadt Georgsmarienhütte – MAD (Militärischer Abschirm-Dienst)

Ein SPD Ratsherr hatte in der November-sitzung des Rates angefragt, ob die Stadt Daten von Kinderausweisen u.a. an den MAD weitergebe. Die Verwaltung verneinte dies und sprach in der Sitzung von einem möglichen eingeschlichenen Fehler in der Veröffentlichung des Amtsblattes, der die Angaben der Stadt verfälsche, und sie versprach die Überprüfung des Sachverhaltes.

Das Ergebnis dieser Überprüfung wurde dem Ratsherrn noch vor der letzten Ratssitzung im Dezember schriftlich mitgeteilt.

Trotz dieser Mitteilung griff ein anderes Mitglied der SPD-Fraktion – so die Aussage von hochkarätigen SPD Mandatsträgern – den Sachverhalt erneut auf und stellte ihn im Namen der Partei erneut in Frage.

Der Verfasser des NOZ Artikels im Januar 1980 soll – wieder wird die Meinung von hochkarätigen SPD Ratsherren wiedergegeben – nichts von der Mitteilung der Verwaltung gewußt haben.

So also wird gearbeitet, so also betreibt man Öffentlichkeitsarbeit, so also werden die Öffentlichkeit, die Bürger informiert.

Ist das noch Information?

Ohne Recherchen, ohne Rücksprache mit

Berichte aus den Ausschüssen.

In der ersten Sitzung des Ausschusses für Sozial- und Familienangelegenheiten im Jahre 1980 brachte die CDU Fraktion mit großer Mehrheit und mit der teilweisen Unterstützung der SPD ihr Anliegen durch, finanzielle Hilfe für in Not geratene schwangere Frauen, für die Rettung "ungeborenen Lebens" zu geben. Der Fond soll von der psychologischen Beratungsstelle verwaltet werden und umfaßt zunächst 30.000,00 DM.

Aus Sorge um die hohe Quote der Sozialindikationen in unserem Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland seit der Änderung des § 218 StGB und aus der Verpflichtung heraus, dem Schwächeren,

dem eigentlichen Initiator, dem zu danken ist für seine Anfrage, wird ein geklärt Sachverhalt der Öffentlichkeit einen Monat später als ungeklärt erneut aufgetischt.

Über derartige Pressearbeit kann man sich nicht nur wundern, sondern man muß sie als unseriös ablehnen.

Sie schadet der Stadt Georgsmarienhütte.
CDU-Fraktion

dem Schwächsten in der Gesellschaft zu helfen, hat die CDU Fraktion der Stadt Georgsmarienhütte diese Sondermittel für die Beratungsstelle gefordert.

Die Fraktion erhofft, mit diesen Mitteln bei mancher Frau die Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch aus sozialen Gründen abwenden zu können.

Mit der Hoffnung verbindet sie zugleich die Erwartung, daß auch in den Kirchengemeinden unserer Stadt überlegt wird, ob weitere Hilfsmaßnahmen ergriffen werden können.

Besonders wichtig erscheint der Fraktion, daß die Ärzte in unserer Stadt bei Beratungen auf diesen Fond verweisen.

Heinz Lunte

Statistische Jahresübersicht des Standesamtes Georgsmarienhütte

Jahr	Geburten			Sterbefälle			Ehe schl.
	männl.	weibl.	gesamt	männl.	weibl.	gesamt	
1979	171	172	343	149	157	306	191
1978	166	150	316	151	162	313	140
1977	169	162	331	157	144	301	166
1976	190	159	349	163	135	298	163
1975	176	169	345	120	132	252	160
1974	201	201	402	146	121	267	180
1973	198	178	376	156	120	276	192
1972	215	215	430	141	126	267	183
1971	205	211	416	116	101	217	171
1970	238	234	472	102	104	206	182

Haushaltsplan 1980

Die umfangreichen Haushaltsberatungen im letzten Vierteljahr 1979 waren notwendig wegen Änderung der Steueretzgebung.

Georgsmarienhütte war eine der wenigen Gemeinden in Niedersachsen, die Lohnsummensteuer erhoben. Wegen Wegfall dieser Lohnsummensteuer und allgemeine Entlastung bei der Gewerbesteuer, mußte die Einnahmenseite des Haushalts neu überdacht werden.

Die Ausgangslage bei den Steuerhebesätzen war:

Lohnsummensteuer	500%	= 2.200.000DM
Gewerbesteuer	275%	= 6.600.000DM
Grundsteuer A+B	240%	= 2.100.000DM

Durch das Steueränderungsgesetz 1979 waren an Mindereinnahmen zu erwarten:

Wegfall der Lohnsummensteuer	2.200.000 DM
Erhöhung der Freibeträge bei der Gewerbesteuer	350.000 DM
Ausfall	2.550.000 DM

Ausgleich durch das Steueränderungsgesetz:

Erhöhung der Einkommensteuerbeteiligung von 14 auf 15 %	500.000 DM
Senkung der Gewerbesteuerumlage	1.000.000 DM
Mehreinnahmen	1.500.000 DM
Fehlbetrag	1.050.000 DM

Auf diesen Betrag konnten wir nicht voll verzichten.

Bei den Überlegungen, hierfür einen Ausgleich zu finden, wurde von uns folgendes berücksichtigt:

1. Unsere finanzielle Situation.

Die Stadt mußte handlungsfähig bleiben. Wir haben z. B. 1980 eine Zinsbelastung von 2,6 Mio DM. Unsere familienpolitischen Hilfen von 280.000 DM sollten

weiter gezahlt werden können, ebenfalls der Zuschuß zu den Kindergärten von 534.000 DM. Umfangreiche Baumaßnahmen müssen in unseren Siedlungsgebieten noch durchgeführt werden.

2. Die Situation der Wirtschaft.

Um die Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen in unserer Volkswirtschaft zu verbessern, sollte gemäß Beschluß auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn die Wirtschaft spürbar steuerlich entlastet werden. Georgsmarienhütte, als Stadt der Industrie, des Handels und Gewerbes wollte ihren Beitrag dazu leisten.

Weiter mußte bei der Neufestsetzung der Steuerhebesätze berücksichtigt werden, wie unsere Nachbargemeinden sich verhielten.

Insbesondere wegen der Konkurrenz Nordrhein-Westfalen bei der Industrieansiedlung. Die Gemeinden dort konnten wegen der besseren Finanzsituation des Landes niedrige Hebesätze einführen.

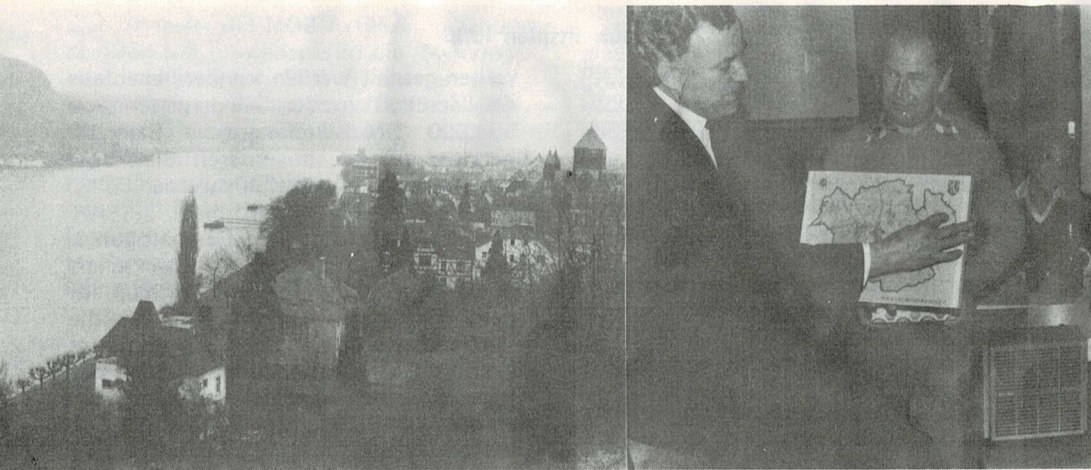
Wir von der CDU-Fraktion haben uns dann für eine Erhöhung der Gewerbesteuer von 275% auf 315% entschieden. Dieses bedeutet, daß wir den Fehlbetrag von 1.05 Mio auf 350.000 DM senken konnten. Dieser Beitrag soll unser Beitrag zur bundesstaatlichen Konjunktur- und Stabilitätspolitik sein. Eine noch stärkere Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes hätte insbesondere die kleineren Mittelstandsbetriebe zu stark belastet.

Eine Anhebung der Grundsteuer war ebenfalls nicht angebracht. Die SPD agierte zwiespältig. Von der Bonner SPD wurde eine spürbare Entlastung der Wirtschaft, insbesondere beim Mittelstand, angekündigt. Vor Ort jedoch, fordert die Georgsmarienhütter SPD-Fraktion die Anhebung der Gewerbesteuerätze auf 360 bzw. 340 %. Die CDU-Fraktion hat sich hier wiederum als stabilisierend und verlässlich herausgestellt.

Karl Bußmann

Dienstag, 4.3., 17.30 Uhr, Gaststätte Rose, Hosten-Mündrup, "Bürger fragen – die Mitglieder der CDU-Fraktion antworten" Alle Bürger sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 1.4., 17.30 Uhr, Gaststätte Giesker, Oesede, Kiewittsheide, "Bürger fragen – die Mitglieder der CDU-Fraktion antworten" Alle Bürger sind herzlich eingeladen.



Städtefreundschaft mit Remagen

Stellvertretender Bürgermeister Hans Tegeler (im Bild mit Bürgermeister Hans-Peter Kürten) erläutert auf einem Relief dem Rat der Stadt Remagen unsere schöne Stadt im Grünen.

Von den Anhöhen hat man eine herrliche Aussicht auf Remagen und Vater Rhein. Übrigens: Anlässlich ihres Besuches im Dezember hatte die Delegation aus Georgsmarienhütte mit dem Advents-Hochwasser zu "kämpfen": Der Rhein hatte die Uferstraße (hier lag das Hotel, in dem die Delegation übernachtete) überflutet. Das Wasser war bis zur ersten Stufe des Hotel-Einganges angestiegen.

Lohnt sich diese Städtefreundschaft?

In der Dezembersitzung beschloß unser Rat einen Freundschaftsvertrag mit der Stadt Remagen zu schließen. Offizieller Vertragsabschluß soll im Mai in Remagen und im September in Georgsmarienhütte auf der Teutoburger-Wald-Ausstellung sein.

Wo liegt Remagen eigentlich ?

Am Rhein – unterhalb der Mündung der Ahr im Kreis Ahrweiler/Rheinland-Pfalz – liegt diese Stadt mit 15.000 Einwohnern.

Der Rhein, ein Brückentorso (im 2. Weltkrieg zerstörte 'Brücke von Remagen'),

alte Häuser, ein kompakter Stadtkern, aber auch eine Bundesbahnhauptstrecke mitten durch den Ort prägen diese Stadt für den kurzweiligen Besucher.

Lohnt sich eine Städtefreundschaft mit diesem Städtchen? Reisen da doch nicht bloß wieder Rats- und Verwaltungsspitzen hin und her, vielleicht mal der eine oder andere Verein? Kostet das nicht bloß unsere Steuergelder, die wir für andere Dinge nötig brauchen? Nun, den Ratsherren sei so eine Fahrt auch dann gegönnt, wenn sie keine reine Informationsfahrt sein sollte, denn den Einsatz, den sie für die Gemeinschaft leisten, erhalten sie durch die gezahlten Aufwandsentschädigungen keineswegs angemessen bezahlt.

Aber warum denn gleich eine hochoffizielle Städtefreundschaft, reicht nicht auch ein Informationsaustausch auf politischer Ebene? Sollte nicht erst einmal unsere Freundschaft mit Schoonebeek wieder verbessert werden? Oder soll sie, eine Freundschaft über deutsche Grenzen hinaus, also eine Freundschaft im Zeichen Europas, langsam "einschlafen"?

Es wäre besser gewesen, so meine ich, die Schoonebeekfreundschaft zu vertiefen, anstatt plötzlich eine weitere Freundschaft zu schließen.

Aber nun, da beide Ratsversammlungen diese Städtefreundschaft beschlossen haben, gilt es, sie lebendig zu gestalten. Dazu ist es erforderlich, daß große Teile

unserer Bevölkerung beteiligt werden. Es muß zu einem echten Austausch zwischen vielen Vereinen, der nicht in den Vereinen organisierten Bevölkerung und den Schulen kommen. Echte Begegnungsmöglichkeiten müssen geschaffen werden: gemeinsame Schützen-, Karnevals- und Schulfeste organisiert, Straßengemeinschaften oder lockere Nachbarschaftsgruppen sollten Kontakte knüpfen, neue Aktionen sollten wir uns überlegen (Beispiel: Remagener machen Kurzurlaub in Georgsmarienhütte und GM-Hütter in Remagen, jeweils mit Begegnungsprogrammen) und so weiter. Wir sollten zu neuen Ideen kommen, wie man diesen Städtefreundschaftsvertrag mit Leben füllt. Betriebe, Vereine und auch unsere Kirchen sollten sich beteiligen und auch gerade jeder Einzelne!

Vielleicht schreiben Sie der Redaktion mal Ihre Vorschläge!
Michael Vogt

Aktuelle Niedersächsische Innenpolitik

In einer sehr gut besuchten gemeinsamen Veranstaltung des CDU-Stadtverbandes Georgsmarienhütte und der CDU-Gemeindeverbände Hagen a. T.W. und Hasbergen sprach der Niedersächsische Innenminister Dr. Möcklinghoff zu aktuellen Fragen der Niedersächsischen Innenpolitik. Im Bild von links nach rechts: CDU-Stadtverbandsvorsitzender Dieter König, Minister Dr. Möcklinghoff, Landtagsabgeordneter



Hermann Sandkämper, Bürgermeister Ludwig Siepelmeyer und der Vorsitzende des CDU-Gemeindeverbandes Hagen a. T.W., Heinrich Niedernostheide.

Das Vorbild

Einige Tage vor Weihnachten wurde durch die Redaktion "Stadt im Werden" Herr Josef Teupe, Auf der Halle, im Stadtteil Kloster Oesede in Anerkennung seiner Verdienste für eine saubere Stadt ein Zinnteller überreicht.

Damit wurde ein Mitbürger geehrt, der seit vielen Jahren Woche für Woche den Bereich der Bushaltestellen gegenüber der "Blauen Donau" sauberhält. Jeden Sonnabend – bei Bedarf auch häufiger – geht er dort mit Besen, Harke und Schaufel gegen Schmutz und Abfälle vor, ohne dazu beauftragt zu sein, ohne dafür entschädigt zu werden.

"Der Dreck kann da doch nicht liegen bleiben", ist eine schlichte Begründung für diesen einzigartigen Dienst an der Gemeinschaft für eine saubere Umwelt.

Diese Einstellung sollte uns allen Vorbild sein: Verrutschte Gullideckel, durchrostete Schrauben an Straßenschildern, überfüllte städtische Papierkörbe oder andere kleine Mängel, für deren Beseitigung allzu oft lautstark nach städtischen Bediensteten geschrien wird, sollten uns veranlassen, selbst Hand anzulegen.

Oder müssen alle öffentlichen Bürgersteige, auch die an kleinen städtischen Grundstücken, nur von Männern des Bauhofes gereinigt und abgestreut werden? Wie wäre es mit der bei uns noch intakten Nachbarschaftshilfe auch gegenüber dem Nachbarn Stadt Georgsmarienhütte?

Erwähnt sei hier auch, daß saubere Wartehallen mehr geschont und die Scheiben dort seltener zerstört werden, was jedoch keine Entschuldigung dafür sein soll, wenn für die Erneuerung zerbrochener Scheiben in der Regel viele Monate benötigt werden.

Aber versuchen wir uns eines zum Grundsatz zu machen: Nicht nur stets Forderungen an die Stadt zu stellen und Kritik üben, sondern selbst Aufgaben in der Gemeinschaft für die Gemeinschaft sehen und erfüllen, damit der vor Weihnachten geehrte Mitbürger mit seinem unermüdelichen Einsatz und Idealismus nicht allzu allein dasteht in unserer Stadt.

Hans Stertenbrink